



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Türkei 2019

Die Regierung schränkt immer wieder die Versammlungsfreiheit ihrer Bürger ein. In diesem Jahr tritt sie erneut mit dem Verbot von Solidaritätskundgebungen mit dem Thema um LGBTI in Erscheinung. So wird ein von Studierenden der Middle East Technical University in Ankara organisierter Pride-Marsch im Mai von der Polizei gewaltsam abgebrochen und 25 StudentInnen verhaftet. Die Studierenden demonstrieren friedlich, werden aber von der Polizei darauf hingewiesen, dass es ihnen nicht erlaubt sei, unter Zelten zu stehen, eine Regenbogenfahne zu hissen oder auf dem Rasen zu sitzen. Schließlich werden sie daran gehindert, eine Erklärung vorzulesen. Zu den Festgenommenen gehören LGBTI-Studentenaktivisten der Uni-Solidaritätsgruppe Melike Balkan und Özgür Gür sowie ein Akademiker der Universität. Wenige Wochen später werden TeilnehmerInnen des Istanbul-Pride-Marsches, die friedlich demonstrieren, von der Polizei mit Tränengas und Plastikgeschossen angegriffen. Der Istanbul Pride-Marsch wurde vom Istanbul-Gouverneursbüro verboten, im zentralen Taksim-Distrikt und an anderen Orten in der Stadt stattzufinden. Nach Verhandlungen in letzter Minute zwischen der Polizei und den Istanbul-Pride-Organisatoren wird den TeilnehmerInnen erlaubt, sich in der Mis-Straße in der Nähe des Taksim-Platzes zu versammeln, wo VertreterInnen des Pride-Organisationskomitees eine Presseerklärung verlesen. Die Polizei setzte Tränengas und Gummigeschosse gegen Pride-TeilnehmerInnen ein, die die Mis-Straße verlassen. Der Istanbul Pride-Marsch ist seit 2015 von den Behörden aus willkürlichen Gründen verboten.

Das türkische Militär beginnt Anfang Oktober 2019 eine Offensive im Nordosten Syriens und wird international dafür geächtet. Schon Monate vorher beginnt die Regierung mit der gewaltsamen Abschiebung von Flüchtlingen in das vom Krieg zerrüttete Land, bevor sie versucht, eine so genannte "sichere Zone" auf der syrischen Seite der Grenze zu schaffen, wie neue Untersuchungen von Amnesty International (AI) ergeben haben. AI trifft sich mit Flüchtlingen oder spricht mit ihnen, die sagen, die türkische Polizei habe sie geschlagen oder bedroht, so dass sie Dokumente unterzeichneten, in denen sie um die Rückkehr nach Syrien gebeten haben sollten, was nicht der Wahrheit entspricht. Es ist völkerrechtswidrig, Menschen nach Syrien abzuschieben, da dies eine reale Gefahr von schweren Menschenrechtsverletzungen oder sogar Tod darstellt.